

2

3 **Für ein Europa der Demokratie und des Friedens -** 4 **Nein zur EU der Banken und Konzerne!**

5 Die EU und ihre Institutionen sind von einem sozialen Europa, wie es sich DIE LINKE vorstellt,
6 weit entfernt. Die EU ist undemokratisch, neoliberal und militaristisch. Demokratische
7 Rechte werden abgeschafft, Sozialabbau betrieben und eine massive Militarisierungs-
8 offensive angekündigt. Hinzu kommt die menschenverachtende Abschottungspolitik gegen
9 Geflüchtete.

10 Wesentliche Motoren dieser Ausrichtung der Europäischen Union und ihrer Institutionen
11 sind das deutsche und französische Kapital. Die deutsche und französische Politik, welche die
12 Kapitalinteressen durchsetzen, dominieren innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft
13 sowohl wirtschaftlich, als auch politisch und militärisch. Deutschland entwickelte sich im
14 Windschatten des Euro zur führenden Wirtschaftsmacht und spielt sich heute zum Zucht-
15 meister der EU auf. Mit Hilfe von Lohndumping eroberte vor allem die deutsche Exportin-
16 dustrie den Wirtschaftsmarkt weltweit. Exporte von Waren bei einem unterschiedlichen
17 Produktivitätsniveau bedeuten immer auch Export von Erwerbslosigkeit und Schulden. Ein
18 Mittel der Gegensteuerung waren Auf- und Abwertungen unterschiedlicher Währungen. Das
19 Euro-Währungssystem hat die Konflikte und Gegensätze vor allem innerhalb der Eurozone
20 verschärft. Spätestens mit der Finanzkrise 2008/2009 und den Banken- und Eurorettungs-
21 programmen wurde insbesondere an den südlichen Ländern ein bedingungsloser Kurs von
22 Sozialabbau und Privatisierung durchgesetzt.

23 Die neoliberale Ausrichtung des „Kaputtsparens“ hat zu Verarmung und Souveränitätsverlust
24 in der europäischen Peripherie geführt. Vor allem in Griechenland, Spanien und Portugal
25 wurden durch die so genannten „Sparprogramme“ im Sinne der Banken und Konzerne ganze
26 Volkswirtschaften zerstört und in den Ruin getrieben. Das Modell der „Agenda 2010“ hat
27 diesen Staaten eine massive Beschneidung von Arbeitnehmerrechten, die Absenkung des
28 Lohnniveaus und von Sozialstandards sowie eine Zerschlagung der öffentlichen
29 Daseinsfürsorge aufgezwungen. Neben der Absenkung des Lohnniveaus sorgte die
30 voranschreitende Privatisierung in sämtlichen Bereichen der öffentlichen Daseinsfürsorge
31 für eine weitere Verschlechterung des Lebensstandards und der mit der Austeritätspolitik
32 verbundenen Massenerwerbslosigkeit. Der europäische Süden liegt in Trümmern. Zunächst
33 wurden im Rahmen der EU-Ordnung deren eigene Industrie zerschlagen und „verlängerte
34 Werkbänke“ eingeführt. Dann wurden im Rahmen der Rettung der Banken Löhne und
35 Renten gekürzt und die sozialen Sicherungssysteme zerstört. Die Menschen erleben dies als
36 eine Kette von Entrechtung und Erniedrigungen.

37 Besonders betroffen ist die Jugend der Arbeiter*innenklasse. Ein Großteil von ihnen, die in
38 ihren Heimatländern sehr gut ausgebildet wurden, bleibt ohne jegliche Aussicht auf einen
39 Job. Hohe Erwerbslosigkeit und Armut in den Ländern des europäischen Südens sind die
40 Folge. Diese Politik zwingt immer noch Tausende ihr Heimatland zu verlassen und nach
41 Perspektiven in anderen Staaten zu suchen. Aufgrund von Massenerwerbslosigkeit werden
42 die Löhne weiter nach unten gedrückt, und das Kapital macht Extraprofit.

43 Es zeigt sich ein weiteres Mal, dass die von der EU betriebene Austeritätspolitik nicht im
44 Sinne der Lohnabhängigen und Beschäftigten handelt, sondern die Interessen des Kapitals,
45 der Banken und Konzerne in den Vordergrund stellt. DIE LINKE ist gegen eine Politik im
46 Interesse der Banken und Konzerne und zeigt sich solidarisch mit den Kämpfen der
47 Beschäftigten in ganz Europa. Wir stehen für die Rechte der Beschäftigten und der
48 Erwerbslosen ein. Wir kämpfen gemeinsam mit Beschäftigten und Gewerkschaften gegen
49 die Austeritätspolitik und für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

50 Nein zu Rassismus und Faschismus – JA zu internationaler Solidarität!

51 Wir erleben einen Aufstieg der extremen Rechten in ganz Europa. Dies ist ein Ausdruck der
52 tiefen politischen Krise und Entfremdung vieler Einwohnerinnen und Einwohner vom
53 politischen System, bedingt durch kapitaltreue, neoliberale Politik. Rassismus und
54 Faschismus gehen Hand in Hand: Sie dienen der politischen Ablenkung von sozialen
55 Missständen. Dabei wird der Kurs einer reaktionären Agenda aufrechterhalten. Diese Politik
56 steht für Hetzkampagnen und Gewalt gegenüber Geflüchteten und Migrant*innen, einer
57 Beeinträchtigung von Bürgerrechten durch die Verschärfung der Polizeigesetze,
58 nationalistischen Forderungen, Forderungen nach weiterem Sozialabbau sowie der
59 Fortführung der feindlichen Politik gegenüber der Arbeiter*innenklasse. Diese Agenda lässt
60 keine Zweifel, dass diese Kräfte letztlich die Interessen des Kapitals unterstützen.

61 Der Sozialabbau der vergangenen Jahre hat es der extremen Rechten leicht gemacht, an die
62 realen Abstiegsängste großer Teile der Bevölkerung anzuknüpfen und nationalistische
63 Scheinlösungen anzubieten. Gegen die nationalistische Hetze stellt DIE LINKE internationale
64 Solidarität und soziale Gerechtigkeit für alle entgegen. Rassismus konnte immer dann
65 zurückgedrängt werden, wenn Menschen praktische Solidarität erfuhren und sich
66 gemeinsam wehrten. DIE LINKE stellt sich konsequent gegen rassistische Hetze, Gewalt und
67 Faschismus.

68 NEIN zur Festung Europa – Solidarität mit Geflüchteten

69 Die EU und ihre Institutionen geben vor, Garanten für Frieden und Wohlstand für alle zu
70 sein. Die Realität sieht anders aus. Deutschland und die EU schaffen Fluchtursachen. Sie sind
71 mit und ohne NATO weltweit an Kriegen zur Sicherung der Rohstoffversorgung und von
72 Handelswegen beteiligt und ruinieren die Märkte durch ihre neoliberale Wirtschaftspolitik.
73 Die Mauern und Zäune an den Außengrenzen der EU werden gegen Geflüchtete

74 hochgerüstet und legale Einreisemöglichkeiten verwehrt. Seit Anfang des Jahres sind fast
75 2.000 Menschen auf der Flucht über das Mittelmeer gestorben. Grund dafür ist die
76 menschenverachtende Abschottungspolitik der EU-Mitgliedsstaaten gegenüber Schutz
77 suchenden Menschen. Befeuert durch faschistische und rechtspopulistische Kräfte in
78 Europa, erzeugt sie eine humanitäre Katastrophe und zeigt ein weiteres Mal die
79 Bankrotterklärung der vielbeschworenen „europäischen Werte“. An den Grenzen der
80 Europäischen Union werden Menschen in den Tod getrieben: Menschen, die vor Hunger,
81 Armut und den Folgen des Klimawandels fliehen, Verfolgungen und Kriege erlitten haben
82 und Perspektiven auf eine sichere Zukunft suchen.

83 Dabei ist der EU jedes Mittel recht: Eigens installierte Abschottungs- und Überwachungs-
84 systeme wie FRONTEX werden mit viel Geld weiter ausgebaut, europäische Mittel aus dem
85 EU-Haushalt für den Aufbau von „Auffanglagern“ in angrenzenden Drittstaaten wie der in
86 der Türkei und in Nordafrika eingesetzt, um die Menschen dort einzusperren. Noch immer
87 gibt es keine sicheren Fluchtrouten. Dies wird mit aller Macht verhindert. Anstatt
88 Geflüchteten Schutz zu gewähren, setzt die EU auf eine menschenverachtende
89 Abschottungspolitik und nimmt zehntausende von Toten in Kauf.

90 Gegen diese Politik des Rassismus und der Ausgrenzung formiert sich Widerstand. Initiativen
91 wie die „Seebrücke“ stellen sich dieser menschenverachtenden Abschottungspolitik
92 entgegen. Die LINKE unterstützt diese Proteste, die für ein offenes Europa der
93 Menschlichkeit stehen, und solidarisiert sich mit Ihnen. Wir fordern sichere Häfen für
94 Geflüchtete. Die Bilanz der menschenverachtenden EU-Flüchtlingspolitik ist erschreckend
95 und mit dem internationalen Recht unvereinbar. DIE LINKE fordert die Festung Europa
96 endlich abzureißen! Das Mittelmeer darf nicht länger zum Massengrab für Menschen in Not
97 werden! Wir fordern offene Grenzen für Menschen in Not! Deshalb fordern wir die sofortige
98 Auflösung der Abschottungs- und Überwachungssysteme FRONTEX und EUROSUR sowie der
99 Flüchtlingslager an den EU-Außengrenzen.

100 Nein zur Militarisierung der EU – Für Frieden und Abrüstung

101 Anstatt die sozialen Missstände in Europa zu bekämpfen und für Wohlstand für alle zu
102 kämpfen, setzen die Mehrzahl der EU-Regierungen auf Militarisierung. Im Dezember letzten
103 Jahres haben sich 24 der 28 EU Staaten auf eine vertiefte militärische Zusammenarbeit
104 geeinigt. Unter dem Namen PESCO („Permanent Structured Cooperation“, dt. „Ständige
105 Strukturierte Zusammenarbeit“) haben sich die Mitgliedstaaten unter anderem zu einer
106 regelmäßigen Erhöhung des Rüstungshaushaltes und einer Erhöhung der Ausgaben für
107 Kriegsforschung verpflichtet. Die EU-Globalstrategie gibt das Ziel einer „autonomen“
108 militärischen Handlungsfähigkeit aus, was bisher so in den Verträgen nicht vorgesehen war.

109 Die EU und ihre Institutionen sind weit entfernt von einer friedensfördernden Außenpolitik.
110 Die führenden Mitgliedstaaten der EU, Deutschland und Frankreich, führen weltweit
111 militärische Interventionen durch. Auch beteiligt sich die EU an einer Eskalationsstrategie

112 gegenüber Russland. Anstatt auf Entspannungspolitik zu setzen, wird nun im Namen der
113 europäischen Sicherheit aufgerüstet. Seit der EU-Osterweiterung, einhergehend mit der
114 Aufnahme in das NATO-Bündnis, werden durch Militärmanöver u.a. in den baltischen
115 Staaten, in unmittelbarer Nähe zu Russlands Außengrenzen, kriegstreiberische
116 Provokationen betrieben.

117 DIE LINKE kämpft für ein anderes Europa und will den Export von Waffen und
118 Rüstungsgütern verbieten. Die Aufrüstungspolitik der Europäischen Union macht diese
119 Forderungen dringlicher denn je. Wir stellen uns gegen die Pläne der EU für Aufrüstung und
120 Weltmachtpolitik. Wir wollen ein friedliches Verhältnis zu Russland. DIE LINKE stellt sich
121 entschlossen gegen die neugegründete militärische Zusammenarbeit im Rahmen von PESCO.
122 Gemeinsam mit der Friedensbewegung kämpfen wir konsequent gegen die Militarisierung
123 der Europäischen Union.

124 Für eine Änderung der Besitz- und Machtverhältnisse in Europa

125 Globalisierung und Freihandel sind wesentliche Elemente der EU. Die Banken und Konzerne
126 und ihre Regierungen behaupten immer, Markt und Wettbewerb und die Freiheiten von
127 Waren, Kapital, Dienstleistungen und Beschäftigten seien grundlegend und gut für alle. Diese
128 Freiheiten sind aber nur grundlegend und gut für die Profite der Konzerne. DIE LINKE lehnt
129 diese EU mit ihren Verträgen zur Sicherung der Marktfreiheiten ab. Wir kämpfen für ein
130 anderes, ein soziales und demokratisches Europa.

131 Die Mitgliedsstaaten müssen die Möglichkeit haben, aus dem Euro-Regime auszutreten,
132 Kapitalverkehrskontrollen einzuführen und einen eigenen Entwicklungsweg ohne neoliberale
133 Austerität zu gehen. Sie brauchen die Möglichkeit der Kontrolle über Kapital- und
134 Warenströme gegenüber den machtvollen weltweit agierenden Banken und Konzernen. Für
135 die Länder der Peripherie muss angesichts der Erpressungspolitik von Euro-Gruppe und
136 Troika die Möglichkeit bestehen, sich vom Diktat des Zentrums und des Euro-Regimes zu
137 befreien.

138 Austerität ist kein Naturgesetz, sie ist nicht alternativlos. Die Alternative wäre die Aneignung
139 des gesellschaftlichen Reichtums durch die Produzent*innen, die Arbeiter*innenklasse, die
140 Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums an alle. Dazu sind massive politische Eingriffe
141 notwendig, wie Kapitalverkehrskontrollen, Vergesellschaftung von Banken und Konzernen,
142 staatliche Investitionsprogramme für Vollbeschäftigung und ausreichende Versorgung der
143 Bevölkerung, eine Änderung der Machtverhältnisse. Und das beginnt mit Selbstbestimmung
144 der Mehrheit der Bevölkerung über ihre eigenen Angelegenheiten.